

HESSEN UND RHEIN-MAIN

05. Januar 2010 | Von Klaus Thomas Heck |

Stillstand unter der Lärmglocke

Wer konnte, zog hierher ins Herz des Rhein-Main-Gebiets - Heute ist es umgekehrt: Wer kann, geht weg

SÜDHESSEN Der Fluglärm ist in manchen Bereichen so hoch und so allgegenwärtig, dass Wohngebiete nicht mehr ausgewiesen werden dürfen. Ein Ortsbesuch in den drei von Siedlungsbeschränkungen betroffenen südhessischen Kommunen Bischofsheim, Raunheim und Weiterstadt.

Ein Backsteinbau mit Uhrturm und knarrenden Dielen. Als die Bischofsheimer Schule 1873 gebaut wurde, herrschte Aufbruchstimmung am Mainufer. „Bischem“ boomte. Die König-Ludwig-Bahn von Aschaffenburg nach Mainz war ein paar Jahre zuvor eröffnet worden, später kam die Eisenbahnlinie Frankfurt-Wiesbaden dazu. Die Einwohnerzahl verzehnfachte sich binnen weniger Jahrzehnte, hunderte Züge machten täglich in Bischofsheim Station. Wer konnte, zog hierher - ins Herz des Rhein-Main-Gebiets. Heute ist es umgekehrt. Wer kann, geht weg.

Aus der alten Schule ist das Kinderlachen verschwunden und 1948 die

Gemeindeverwaltung eingezogen. Reinhard Berschs Büro ist im Obergeschoss. Bischofsheims parteiloser Bürgermeister ist ein Verwalter des Stillstands. „Die Siedlungsbeschränkungen sind eine Katastrophe“, sagt er.

Die Eisenbahngemeinde mit ihrem Rangierbahnhof und dem Ausbesserungswerk für Dieselloks liegt im Westen des Frankfurter Flughafens. 59 Prozent ihrer Gemarkung - und 100 Prozent der bebauten Ortslage - sind im Siedlungsbeschränkungsgebiet. Der Fluglärm ist hier so hoch, so allgegenwärtig, dass Wohngebiete nicht mehr ausgewiesen werden dürfen.

62 Dezibel äquivalenter Dauerschallpegel sind laut Landesentwicklungsplan die Grenze, das Regierungspräsidium hat sie auf 60 Dezibel gesenkt. Bischofsheim liegt über beiden Werten und darf nur innerorts verdichtet werden - doch dafür gibt es kaum Flächen. Wachsen kann Bischofsheim nur noch als Gewerbestandort. „Unsere Kommune wird an ihrer natürlichen Entwicklung gehindert“, sagt Bersch. „Dabei gäbe es eine Menge Dinge, die wir in die Waagschale werfen könnten.“

Bersch verweist auf die gute Nahversorgung im Ort, die vielen Arbeitsplätze und das Vereinsleben. Vergebens. Selbst zwei kleine „Arrondierungen“, die das Gemeindeparlament plante, sind im neuen regionalen Flächennutzungsplan nicht mehr vorgesehen. Im Hessenring und am Berliner Zwickel, am Ortsrand, wollte Bersch eine zusätzliche Häuserzeile für knapp 600 Neubürger ermöglichen. Doch der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main lehnte das ab.

Bereits jetzt, sagt Bersch, verändere sich die Bischofsheimer Sozialstruktur. Einige Familien seien schon weggezogen - in den Taunus oder ins Ried, wo es ruhiger ist. Dass mittlerweile sogar das einst von Land, Kommunen und Flughafenbetreiber im Rahmen der Mediation ausgehandelte Nachtflugverbot wieder auf der Kippe steht, sei ein Skandal. „Unsere Bürger verlieren das Vertrauen in die Politik.“

„Bei Ostwind ist's am schlimmsten“, findet Eva-Maria Inserra. Die Sechzigjährige ist Lehrerin an Deutschlands lautester Grundschule. Die Pestalozzischule in Raunheim liegt direkt in der Einflugschneise des Frankfurter Flughafens. 25 bis 35 Prozent der knapp 500 000 Flieger, die



|  |

Komplett siedlungsbeschränkt: der rund 6000 Einwohner große Weiterstädter Ortsteil Gräfenhausen. Foto: Klaus Thomas Heck

den Airport jedes Jahr ansteuern, donnern in 350, vielleicht 400 Metern Höhe über Raunheim - vor allem bei Ostwind, an rund 90 meist sonnenreichen Tagen pro Jahr. Bei 67 Dezibel liegt der äquivalente Dauerschallpegel in der Stadt - dabei gelten bereits 65 Dezibel als gesundheitsgefährdend.

Immer wieder unterbricht Inserra ihren Unterricht. Düst ein Jumbo über die Schule, schweigt die Pädagogin. Reden? Zwecklos. Selbst das Spielen auf dem Schulhof macht dann wenig Spaß.

„Die Leseleistungen unserer Schüler leiden unter dem Lärm“, sagt Inserra.

Konzentrationsschwächen hätten zugenommen. Zwar hat Flughafenbetreiber Fraport der Pestalozzischule

Schallschutzfenster finanziert. Doch die sind im Sommer keine Hilfe. „Wir müssten sie geschlossen halten. Aber dann wird's unerträglich heiß.“ Im Lehrerkollegium ist die Fluktuation hoch. „Vielleicht wegen des Lärms“, sagt Schulleiter Lothar Bühler. „Lehrer sind auch nur Menschen.“

„Wir werden mit dem Problem alleine gelassen“, sagt Raunheims Bürgermeister Thomas Jühe. 94 Prozent seines Stadtgebiets sind siedlungsbeschränkt. Doch weil die übrigen sechs Prozent Bannwald sind, gilt für Raunheim de facto eine hundertprozentige Beschränkung. Deren Folgen sieht Jühe jeden Tag. Raunheim vergreist und verarmt. Immer weniger junge Familien ziehen ins Stadtgebiet. Die Mietpreise sind trotz der verkehrsgünstigen Lage im Städtedreieck Mainz/Wiesbaden/Frankfurt seit Jahren nicht gestiegen. Dafür nimmt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund zu - derzeit sind es rund 42 Prozent. Raunheim hat das niedrigste Einkommenssteueraufkommen pro Kopf im gesamten Regierungsbezirk. Würden Sie noch einmal Raunheim als Wohnort wählen? Vor neun Jahren hat die Stadtverwaltung ihre Bürger befragt - und erhielt eine niederschmetternde Antwort: Zwei Drittel schrieben „Nein“. In 465 Fällen war der Fluglärm daran schuld.

Händeringend versucht das Rathaus seitdem, den Negativtrend zu stoppen. Durch besonders gute Betreuungsangebote in den Kindergärten. Durch enge soziale Netzwerke. Durch gezielte Sprachförderung. Durch den Ausbau der Infrastruktur. Durch eine selbst finanzierte Buslinie zu den künftigen Gewerbegebieten am Stadttor und auf dem Mönchhofgelände. „Wir wollen unsere soziale Gemeinschaft intakt halten“, sagt Jühe. Doch der Aufwand wird immer höher. Unterstützung für seinen Kampf gegen die Windmühlen von Fraport erhält Raunheims Bürgermeister kaum. Einen finanziellen Ausgleich für Siedlungsbeschränkungen gibt es nicht. Laut hessischem Landesentwicklungsplan von 2007 soll die Regionalplanung dieses Problem lösen. Doch das Regierungspräsidium Darmstadt hat bislang nicht mal einen Lösungsansatz.

„Wir bräuchten einen kommunalen Finanzausgleich“, sagt Jühe. Sein Vorschlag: ein Regionalfonds, in den die Kommunen einzahlen, die vom Flughafen profitieren. Doch der wird vom Proporz der Rathausfürsten verhindert. Solidarität? Fehlanzeige. Reinhard Bersch wünscht sich eine Neuverteilung der Fraport-Gewerbsteuer - nach der Fluglärmbelastung. Von den Geldern - ein zweistelliger Millionenbetrag pro Jahr - profitiert bislang vor allem Frankfurt. Raunheim, Offenbach und zehn weitere Kommunen klagen dagegen zurzeit vor dem Bundesfinanzhof.

Für Thomas Jühe ist der Großflughafen ein zweischneidiges Schwert. Allein in Raunheim wohnen 600 Flughafen-Mitarbeiter, außerdem hat der Triebwerkshersteller Honeywell in der Stadt eine Niederlassung. Andererseits bringt der Fluglärm so manchen Anwohner um den Schlaf. Also kämpft der Bürgermeister zumindest für ein Nachtflugverbot und passiven Schallschutz. Doch selbst dessen Finanzierung ist wegen unterschiedlicher Berechnungsformeln zwischen Land und Stadt umstritten. Das Land nimmt als Grundlage nur den Dauerschallpegel-Mittelwert zwischen Ost- und West-Wetterlage. „Absurd“ sei das, findet Jühe.

Anfang der 80er Jahren stand Peter Rohrbach im Süden Frankfurts im Wald, hat Plakate geschwenkt und mit Trillerpfeifen protestiert. Die Auseinandersetzungen um die „Startbahn 18 West“ haben den Weiterstädter politisch geprägt. Die „18 West“, wie er sie nennt, beschäftigt ihn noch heute. Rohrbach (56) ist seit 1996 Bürgermeister seiner Heimatstadt. Sein Büro ist im sechsten Stock des Rathauses und bietet einen Panoramablick über die Region. Manchmal, sagt er schmunzelnd, sei er dort oben auf Augenhöhe mit den Piloten der „18 West“. Die donnern



Nichts geht mehr: Reinhard Bersch, Bürgermeister der alten Eisenbahnerhochburg Bischofsheim, sind durch die Siedlungsbeschränkungen in vielen Dingen die Hände gebunden. Foto: Klaus Thomas Heck

über Weiterstadt im Steilflug in die Wolken.

Andere bereiten hier ihre Landung vor. Entlang der Autobahn 5, die über Weiterstädter Gemarkung führt, ist die Anflugroute für den benachbarten Flugplatz Egelsbach. Weiterstadt bekommt den Fluglärm aus mehreren Richtungen. Die Ortsteile Gräfenhausen und Schneppenhausen sind komplett siedlungsbeschränkt. 2011, wenn die neue Landebahn am Frankfurter Flughafen gebaut wird, wird der Norden des Ortsteils Braunshardt hinzukommen. Der äquivalente Dauerschallpegel dürfte um zwei Dezibel steigen.

Noch könne seine Stadt mit den Problemen umgehen, sagt Rohrbach. „Aber in 20, 30 Jahren wird es schlimm.“ Dann schlägt die demografische Entwicklung zu: Die Ortsteile, die schon jetzt nicht mehr wachsen können, dürften Einwohner verlieren. Den Trend gibt es bereits. Im Jahr 2000 hatte Schneppenhausen 28 Neugeborene, 2008 waren es nur noch 16. Dem örtlichen Kindergarten gehen die Schützlinge aus.

Der Bevölkerungsrückgang macht die Infrastruktur für jeden einzelnen teurer. Und für Nahversorger wird eine Ansiedlung uninteressanter, zumal Gräfenhausen und Schneppenhausen fernab der großen Verkehrsadern sind.

Vor einigen Jahren verhandelte Rohrbach mit einem Altenheim-Betreiber über ein Seniorenzentrum. Erfolglos. „Wir gehen nicht in verlärmte Gebiete“, hieß es.

In Schneppenhausen wollte der Bürgermeister 2007 das Gewerbegebiet am alten Wasserwerk in ein Mischgebiet umwandeln. Doch auch das klappte nicht. Das Regierungspräsidium legte mit Hinweis auf den Siedlungsbeschränkungsbereich sein Veto ein. Wachsen wird Weiterstadt künftig also eher im Südosten - Richtung Darmstadt. Hat Rohrbach resigniert? „Wir stecken nicht den Kopf in den Sand.“ Früher demonstrierte er im Wald, heute setze er auf juristischen Widerstand. „Der beste Lärmschutz ist ein Nachtflugverbot. Dafür kämpfen wir weiter.“

Mehr dazu am Dienstag (05.01.2010) auf einer ECHO-Sonderseite zum Thema.